

4./IV. 1919

A

Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeiterräte.

I.

= Frankfurt, 3. April.

Unter dem Vorsitz von Jeschke (Berlin) traten heute vor- mittag etwa 100 Delegierte aus allen Direktionsbezirken Deutsch- lands zu einer Konferenz zusammen, die zwei Tage dauern soll. In seiner Eröffnungsansprache wies der Beauftragte des Frank- furter Arbeiterrats Breunig die Verfügung des preussischen Eisenbahnministers Deser an die Eisenbahndirektionspräsi- denten, die aufgefordert werden, den zur Frankfurter Konferenz abgeordneten Vertretern der Eisenbahn-Arbeiterräte ufm. feigen im Falle und Fortgewährung der Löhne zu verweigern, in scharfen Worten zurück. (In dieser Verfügung heißt es, Verhandlungen über die Ausgestaltung der Eisenbahn-Arbeiterräte ufm. feigen im Gange und es liege kein Anlaß vor, den Besuchern der Frank- furter Konferenz besondere Vergünstigungen zu gewähren, zumal zur Zeit der äußersten Verkehrsbeschränkung.) Breunig erklärte hierzu, über einen solchen feigen Papier gehe man einfach zur Tagesordnung über. Jeschke (Berlin) bezeichnete den Erlaß Desers als eine Kampfanlage an die neue Bewegung. In der Konferenz müsse man dem Minister den Standpunkt klar machen, wie weit seine Befugnisse reichen.

Dann sprach Paul Schulz (Frankfurt) über „Revo- lution und Staatsarbeiter“. Die Staatsarbeiter, so führte der Redner aus, standen der Umwälzung hilflos gegen- über und klammerten sich schutzsuchend noch an die alten Ge- walten, zumal, da sie bis dahin völlig organisationslos waren. In der sozialen Revolution bildeten die Gewerk- schaften die Rekrutenschulen der heutigen Bewegung, der sich jetzt scharenweise die Arbeiter und auch die Beamten an- schließen. Politisch und sozial seien Staatsarbeiter und Beamte jetzt zur Sozialisierung reif, nicht nur geistlich, sondern auch organisatorisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Aller Kampf gelte heute dem Kapitalismus, grundsätzlich müßten aber für die Demokratisierung der Betriebe die Arbeiterräte als gegebene Führer anerkannt werden, deren Tätigkeit sich auf das poli- tische und wirtschaftliche Gebiet zu erstrecken habe. Ein allmähliches Hineinwachsen der Räte in die Betriebe müsse unter allen Umständen vermieden, die Übernahme müsse schnell und umfassend vollzogen werden. In der Aussprache legte Schramm (München) dar, daß, wenn in Preußen der Wider- stand des Eisenbahnministers gegen die Arbeiterräte nicht be- seitigt würde, Bayerns Arbeiter sich gegen die Reichseisenbahnen erklären müßten. Jeschke (Berlin) führte aus, daß die Arbeiterräte als Pioniere der revolutionären Errungenschaften und Forderungen zu gelten hätten. Den größten Vorteil von der Revolution hätten bisher die Eisenbahner gehabt. Die Revolution müsse in Permanenz erklärt werden.

Wittrich (Frankfurt) sprach über „Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe und der Ver- waltung“. Heute müsse die Sozialisierung dahin verstanden werden, daß der Geist des Räteystems in die Betriebe und Amts- stuben eindringe, unter Aufhebung aller Mechanisierung im wirt- schaftlichen und politischen Leben. Nicht Verstaatlichung, sondern Entstaatlichung müsse die Parole sein. Die Kohlenförderung z. B. müsse in die Hände einer besonderen Gesellschaft getart ge- legt werden, daß die Arbeiter und Angestellten den größten Einfluß auf den Betrieb erhalten, wobei jedoch die Allgemeinheit die Auf- sicht auszuüben habe. Bei der Sozialisierung der Staatsbahn gelte es, den Angestellten die Möglichkeit zu bieten, daß sie sich als wirkliche Teilhaber und Mitinhaber des Betriebs fühlen. Das könne aber erst durch ein Reichseisenbahnsystem ermög- licht werden. Auf verkehrstechnischem Gebiet siehe hiermit im Zu- sammenhang der Ausbau des Binnenkanalnetzes und der Luftpost auf gesellschaftlicher Grundlage.

Robert Dickmann (Frankfurt), der über „Räteystem und Gewerkschaften“ sprach, entwarf ein Bild der Ent- wicklung der Gewerkschaften bis zum Krieg. Viele Gewerkschafts- führer seien jetzt während der Revolution politisch rückständig ge- blieben, über sie gehe die Bewegung hinweg. Die bevorstehende Revolution werde ungleich härtere Kämpfe ausfechten als bisher, da man vom Sozialismus weiter als je entfernt sei. Das Räte- system habe nur Sinn, wenn es ein ausgebautes Machtinstru- ment des Proletariats sei in erster Linie in wirtschaft- lich-politischer Beziehung. Durch die weiße Revolution, deren Wellenschlag bereits die ganze Welt überspüle, werde dem inter- nationalen Kapitalismus der Untergang bereitet und dem Prole- tariat der Sieg gebracht. Die Gewerkschaften müßten noch als mitbestimmender Faktor angesehen werden; die zwischen ihnen und den Räten bestehenden Reibungsflächen könnten aber erst dann beseitigt werden, wenn die Gewerkschaften sich mehr dem neuen Geist anpassen. Welche Aufgaben den Gewerkschaften in Zukunft erwachsen, darüber könne man vorerst noch nichts Bestimmtes sagen.

Den Vorträgen folgte eine längere Aussprache. In die Confédération générale du travail sandte man ein Telegramm, worin man es begrüßt, daß die Hauptvertretung der französi- schen Gewerkschaften Einspruch erhebt gegen den ge- walttätigen Imperialismus der Entente-Gewaltshaber. Die inter- nationale Vereinigung aller Sozialisten zum Sturz des Kapitalis- mus und Imperialismus ist die Voraussetzung für die allgemeine menschliche Befreiung. In dieser Erkenntnis reichen über die Seeer Höhe hinweg die versammelten Räte den französischen Ge- nossen die Hand und sprechen die Ueberzeugung aus, daß bald her- weils wie diesseits der Vogesen des Proletariat siegreich seine soziale Revolution durchführen wird.

Am Schluß der heutigen Verhandlungen, die am Freitag fort- gesetzt werden, gab aus Anlaß der oben erwähnten Verfügung des Arbeitsministers Deser die Konferenz folgende Erklärung ab:

Es ist selbstverständlich, daß zur endgültigen Eingliederung eines Systems der Arbeiter- und Angestelltenvertretung in den Betrieb der Staatsbahn die Uebereinstimmung des Minis- teriums mit den Forderungen der Arbeiter und Angestellten her- beigeführt werden muß. Aber ebenso selbstverständlich und not- wendig ist, daß die Arbeiter und Angestellten die endgültige For- mulierung ihrer Anträge und Forderungen selbständig vorzunehmen haben und daß zu diesem Zweck für Bezirke und für das ganze Reichsgebiet Besprechungen der Räte abge- halten werden. Auch das Zusammenwirken der Organisations- vertreter mit dem Minister zur Vorbereitung der Arbeiter- und Angestelltenvertretung kann und darf die selbständige Stellung- nahme der Arbeiter und Angestellten nicht aushalten. In dieser Erkenntnis nimmt die heutige Konferenz Stellung gegen das Vorgehen des Ministers, erklärt aber zugleich, daß die Haltung des Ministers die Eisenbahner nicht abhalten wird zu tun, was sie für notwendig halten.